

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.
Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg.

Anzeigenannahmestelle Waldenburg Sachsen, Obergasse 10
Geschäftszeit: Vormittag 7-1, Nachm. 2-5 Uhr.
Zirkulation: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Richter; in Callenberg bei Herrn Strampfwirter Friedr. Hermann Richter; in Langenschürsdorf bei Herrn Hermann Eise; in Penitz bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Anton Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter.
Banntonio: Vereinskasse zu Colditz Geschäftsstelle Waldenburg Sa. Gemeindegroßhandlung Waldenburg 10

Ercheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 9 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 70 M., ohne Bringerlohn, durch die Post bezogen monatlich 70 Mark Einzelne Nr. 3 Mark. Inseratenpreis 1 Zeile 6.- M., Reklamzeile 88 mm breit 18 Mark, die dreispaltige Zeile im amtlichen Felle 18.50 M. Hinweisse auf Anzeigen und Eingelände 1 Petit-Zeile 2 M. Nachwehungsgebühr 2 M.
Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 3. Postfach Nr. 8. Postfachamt Amt Leipzig Nr. 4436.
Zugleich weit verbreitet in den Ortspfaffen der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschürsdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Reuse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 213.

Dienstag, den 12. September

1922.

Witterungsbericht aufgenommen am 11. September, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 761 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 16° C. (Morgens 8 Uhr + 12° C. Tiefste Nachtemperatur + 17,0° C.) Feuchtigkeit Gehalt der Luft nach Lamprechts Polymeter 70%. Taupunkt + 11°. Windrichtung Ost. Niederschlagsmenge in den letzten 48 Stunden bis früh 7 Uhr: 2,2 mm. Daher Witterungsaussichten für den 12. September: Wechselnde Bewölkung.

Einzug der Türken in Smyrna.

Reichskanzler Birtl hielt eine Rede über die Reparationsfrage.
Die deutsch-belgischen Verhandlungen sind abgeschlossen.
Die Reichseisenbahn brachte im letzten Vierteljahr einen Ueberschuss von 2 Milliarden Mark.
Das deutsche Handwerk will sich an den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich beteiligen.
Der Dollar notierte am Sonnabend 1368 Mark.
In Berlin fand am Freitag ein Betriebsrätekongress statt.
Die Dichtspieltheater in Berlin wollen am 22. September schließen.
In Thüringen fanden gestern die Wahlen zu den Kreis- und Gemeinderäten statt.
In München fanden kommunistisch-sozialistische Tumultszeneen statt.
Oberösterreich steht vor einer Katastrophe.
In Kattowitz kam es zu Teuerungsunruhen.
Wichtige Entscheidungen der Alliierten im griechisch-türkischen Kriege stehen bevor.
Der Völkerbund beschäftigte sich mit der österröichischen Frage.
Die französischen Seelente drohen mit dem Generalstreik.
Ein kommunistischer Umzug in Paris wurde verboten.
Poincaré hielt eine neue Sonntagrede.
Clemenceau reist nach Amerika.
Französische Kriegsschiffe sind unterwegs nach dem Orient.
Italien sucht im Orientkrieg zu vermitteln.
Rumänien hat bedeutende Ueberschüsse an Getreide.
Die kemalistischen Truppen sind am ägäischen Meer angekommen.

Als der Dollarkurs eine schwindelnde Höhe erreichte, bemächtigte sich der Beamten, der Angestellten, der Festbesoldeten und der Arbeiterschaft so etwas wie eine Katastrophensinnung. Man sah „das Volksvermögen vernichtet“ und das Einkommen der Gesamtheit unter das Maß des Lebensmöglichen gedrückt. Denn wenn das Brot soviel, das Fleisch soviel, Kleidung Entsprechendes kostet: „Wer kann das bezahlen?“ In Wien lächelte man. Dort weiß man aus älterer Erfahrung, daß Papiergeldzahlen an sich noch nichts beweisen, nur eben den jeweiligen Wert des Papiergeldes. Dort sind trotz der viel schlechteren Saluta die Gehälter und Löhne, in Mark oder in Dollars umgerechnet, wesentlich höher als bei uns.
Das Vermögen eines Volkes besteht nicht aus seinen Geldeinheiten, auch nicht aus seinen Aktien, sondern aus seinem Grund und Boden, seinen gewerblichen Anlagen, Gebäuden und Maschinen; sein Einkommen ist gleich dem, was es hervorbringt. Wenn somit ohne Verluste an Sachgut und ohne Minderung der Produktion der Wert des Einkommens plötzlich zu sinken scheint, dann bedeutet es noch nicht eine Verarmung, wohl aber eine Störung der Wirtschaft, eine nur allmählich überwindbare Ungleichmäßigkeit. Der Grund ist, daß die Geldbewertung zu schnell und zu plötzlich vor sich ging. Nicht die Produktion, sondern der Notendruck, nicht das Einkommen, sondern seine fangemäße Verteilung kommt nicht mit. Es fehlt in solchen Zeiten an „Kapital“, das sich wieder erst neu bilden muß, Ersparnisse in Geld oder Aktien sind entwertet, den Unternehmungen als solchen fehlen die Mittel, ihre Angestellten und Arbeiter sofort in dem Maße der Geldbewertung höher zu besolden, der Staat erhält zu wenig Steuern und schließlich fehlt es sogar an Zahlungsmitteln: die Notenpresse ist nicht mitgelommen.
In dieser Lage hat die Volkswirtschaft grundsätzlich zwei Möglichkeiten: entweder, sie paßt sich in Löhnen, Gehältern und Preisen dem neuen Geldstand so schnell wie möglich an, das geschieht in Defizitreich; oder sie leistet Widerstand, bis, unter Voraussetzung einigermaßen erträglicher politischer Verhältnisse, die Mark wieder steigt, mit anderen Worten: die Saluta sich ihrerseits dem tatsächlichen Preis- und Entlohnungsstand anpaßt.
In Wirklichkeit werden die Dinge sich wohl weder in der einen noch in der anderen Richtung entwickeln, sondern auf einem Mittelweg. Der Dollarkurs ist auch mit 1400 heute noch viel zu hoch, andererseits sind die „festen“ Gehälter, die meisten Löhne und manche Preise zu niedrig. Gegenwärtig ist das Geldeinkommen des deutschen Volkes mit schätzungsweise drei Billionen Papiermark oder 1 1/2 bis 2 Milliarden Dollar kein Ausdruck seiner tatsächlichen Einnahmen; und im Geldkurs, der im August dem Amerikaner ermöglichte, für 20 Cents erster Klasse von Hamburg nach Berlin zu fahren, ist noch weit von der notwendigen Anpassung entfernt.
In Sachen des Zahlungsmittelmangels ist zu bedenken, daß er zu einer Störung unseres ganzen Geschäftsverkehrs, zu einer Einschränkung unserer industriellen Produktion führen kann. Diese Gefahr liegt um so näher, als die Wertverminderung der Mark auch den Einlauf der Rohstoffe vom Ausland erschwert. Es erscheint deshalb für unsere zukünftigen Stellen bringend notwendig, den Geldumlauf wieder in geregelte Bahnen zu lenken und der Versorgung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Freilich gehört dazu auch einige Sachkenntnis.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

In einer zwischen Herrn Stinnes und dem Berliner Vertreter des deutschen Handwerks- und Gewerbelammergebietes, Generalsekretär Hermann, stattgefundenen Aussprache hat

der Vertreter des Handwerks Herrn Stinnes die aktive Beteiligung des deutschen Handwerks an den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich an. Herr Stinnes erklärte, daß ihm diese Beteiligung des Handwerks sehr erwünscht sei und er den ihm zur Verfügung stehenden Einfluß bei den in Betracht kommenden Unternehmungen energisch dahin geltend machen werde, daß das wirtschaftlich organisierte Handwerk an diesem großen Wiederaufbauwerke entsprechend seiner Leistungsfähigkeit beteiligt werde. Die wirtschaftlichen Organisationen des deutschen Handwerks werden nunmehr wegen der näheren Ausführung des Planes mit den Vertretern des Stinnes-Konzerns in Fühlung treten.
Im Organisationsausschuß des Reichsverkehrsministeriums teilte ein Vertreter der Reichseisenbahn mit, daß im letzten Vierteljahr ein Ueberschuss von mehr als 2 Milliarden erzielt worden sei. Von gewerkschaftlicher Seite wurde geltend gemacht, daß dieser Ueberschuss durch künstliche Zurückhaltung notwendiger Materialkäufe sich ergeben habe, für deren Nachholung man jetzt den 5- und 10fachen Preis zahlen müsse.
In München kam es am Freitag zu kommunistisch-sozialistischen Tumultszeneen. Die Sozialisten hatten zu vier Massenversammlungen gegen Teuerung und Volksnot eingeladen. Der Vizepräsident des Landtags Auer behauptete in einer dieser Versammlungen, daß die Münchner Hindenburgfeier zur Verteuerung der Lebensmittel beigetragen habe und daß der Stinnesvertrag eine furchtbare Gefahr für die deutsche Nation sei. Die Kommunisten verlangten eine Aussprache, die aber verweigert wurde. Im Münchner Kindl-Platz führten die Kommunisten den Saal und hielten auf eigene Faust eine Versammlung ab.
Der allgemeine deutsche Sparlaffentag findet am 16. September in Goslar statt. Auf der Tagung spricht Universitätsprofessor Dr. Lehmann-Räuber i. W. über „Zusammenbruch und Wiederherstellung unserer Währung“. Generaldirektor Bel der Landesbank der Rheinprovinz behandelt die „Wirtschaftsilliquidität der Sparlaffenbetriebe“. Ueber „Kapitalbildung und Spartätigkeit in ihren Beziehungen zur Steuer-gesetzgebung“ spricht Regierungsrat Dit, Leiter des Finanzamtes Duzlau. Direktor Boh und Dr. Melzer, Direktor der Girozentrale Mannheim, sprechen über „Öffentliche Lebensversicherung der Sparlaffen“.
Am Freitag fand in der „Neuen Welt“ in Berlin der Betriebsrätekongress von Groß-Berlin statt. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es waren etwa 6000 Betriebsräte anwesend. Auch viele Betriebsräte aus dem Reich waren erschienen, so aus Halle, Breslau, Merseburg und Rheinland-Westfalen. Die Vertreter aus Rheinland-Westfalen gaben einen ausführlichen Bericht über die Tagung des Betriebsrätekongresses in Gelsenkirchen. Von der Vollversammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Vollversammlung der Berliner Betriebsräte beauftragt den Ausschuß der deutschen Betriebsräte, einen Reichsbetriebsrätekongress einzuberufen, der spätestens am Sonntag den 22. Oktober in Berlin zusammenzutreten hat, um die Kontrolle der Produktion als einziges Mittel gegen die Verelendung des Proletariats einzuleiten. Die Vollversammlung fordert die Kollegen im Reich auf, ordnungsmäßige Delegierte am Sonntag, den 19. September 1922, zu entsenden, die mit dem Ausschuß der Berliner Betriebsräte den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte konstituieren sollen. Der Ausschuß wird mit allen Vorbereitungen beauftragt. Trotzdem der Vorstand des A. D. G. B. dem 15er-Ausschuß der Berliner Betriebsräte erklärt hat, er werde keinen Reichsbetriebsrätekongress einberufen, beauftragt die Vollversammlung den Reichsausschuß, vom Vorstand des A. D. G. B. eine Antwort mit Frist von 5 Tagen zu verlangen auf die Frage, ob er wirklich gewillt ist, entgegen dem klaren Willen der ausdrückenden Teile des deutschen Proletariats seine Sabotage fortzusetzen. Beht der A. D. G. B. die Einberufung bis zum 22. Oktober ab oder behindert er